S 18 U 54/17

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land	Freistaat Bayern
Sozialgericht	Sozialgericht Augsburg
Sachgebiet	Unfallversicherung
Abteilung	18
Kategorie	Urteil
Bemerkung	-
Rechtskraft	-
Deskriptoren	-
Leitsätze	-
Normenkette	-

1. Instanz

Aktenzeichen	S 18 U 54/17
Datum	15.05.2019

2. Instanz

Aktenzeichen	-
Datum	-

3. Instanz

Datum	-
-------	---

- I. Die Klage wird abgewiesen.
- II. Die Klägerin trägt die Kosten des Verfahrens.
- III. Die Berufung wird nicht zugelassen.

Tatbestand:

Streitig sind Beiträge zur Beklagten.

Die Klägerin ist Gesellschafterin der E. und K. GbR, die seit dem 01.05.2015 die B.-Sauna in B. betreiben.

Mit Bescheiden vom 26.08.2015 erklärte die Beklagte ihre Zuständigkeit für die GbR und veranlagte diese nach ihrem in der Zeit vom 01.01.2013 bis 31.12.2018 geltenden Gehaltstarif mit dem Strukturschlüssel 6000 (Saunabetriebe) innerhalb der Gehaltstarifstelle 7 zur Gefahrklasse 4,94. Daneben informierte sie die Klägerin über ihre ab 01.05.2015 bestehende persönliche Pflichtversicherung und veranlagte diese nach ihrem 4. Gehaltstarif ebenfalls zur Gefahrklasse 4,94. Gegen diese Bescheide wurde kein Widerspruch erhoben.

Mit Beitragsbescheid vom 26.04.2016 stellte die Beklagte der KlÄgerin den Beitrag f¼r Ihre pers¼nliche Unternehmerpflichtversicherung im Zeitraum 01.05.2015 bis 31.12.2015 Åber 150,77 EUR in Rechnung. Hiergegen legte die KlÄgerin Widerspruch ein. Zur Begr¼ndung tr¼gt der BevollmÄchtigte vor, dass f¼r die KlÄgerin keine Versicherungspflicht best¼nde und im Saunabetrieb kein Personal beschÄftigt werde. Der Betrieb einer Sauna falle weder unter den Begriff des Gesundheitswesens, noch der Wohlfahrtspflege. Ein Saunabetrieb diene der mittelbaren F¼rderung des Wohlbefindens, erf¼lle aber nicht die vom Bundessozialgericht geforderte Definition des Begriffs Gesundheitswesen, wonach die TÄtigkeit dem Schutz vor unmittelbar drohenden Gesundheitsgefahren dienen m¼sse.

Mit Widerspruchsbescheid vom 08.02.2017 wurde der Widerspruch zur¼ckgewiesen. Die Beitragspflicht der KlÄgerin ergebe sich aus [Å§ 150 Abs. 1 S. 1](#) Siebtes Buch Sozialgesetzbuch (SGB VII). Danach seien die nach [Å§ 2 SGB VII](#) versicherten Unternehmer selbst beitragspflichtig. Die Zuordnung von SaunabÄdern zum Gesundheitswesen sei historisch begr¼ndet und die damaligen Argumente hÄtten ihre G¼ltigkeit bis heute nicht verloren. Die Wahrung der Gesundheitsseite sei der Hauptzweck von Badeanstalten. Saunabesuche k¼nnten ErkÄlterkrankheiten vorbeugen, das Immunsystem stÄrken und Muskelverspannungen lockern. Zudem wÄrden durch den Wechsel zwischen WÄrme und KÄlte die BlutgefÄÙe trainiert. Die H¼he des Beitrags richte sich nach der Versicherungssumme, nach der sich im Leistungsfall auch die H¼he der Geldleistungen richte. Dies bedeute, dass die satzungsmÄÙig festgesetzte Versicherungssumme auch dann in Ansatz zu bringen sei, wenn das tatsÄchlich erzielte Einkommen bzw. der Gewinn aus der selbststÄndigen TÄtigkeit niedriger sein sollte.

Hiergegen legte der BevollmÄchtigte der KlÄgerin am 10.03.2017 Klage beim Sozialgericht Augsburg ein. Zur Begr¼ndung f¼hrte er aus, dass es sich bei dem Betrieb der KlÄgerin nicht um einen nach [Å§ 2 Abs. 1 Nr. 9 SGB VII](#) versicherungspflichtigen Betrieb handle. Das Saunieren entspreche nicht den Kriterien, die vom BSG aufgestellt seien, um dem Gesundheitswesen zugeordnet werden zu k¼nnen.

Die Beklagte f¼hrte aus, dass die Zuordnung von SaunabÄdern zum Gesundheitswesen historisch zu betrachten sei. Hauptzweck der Badeanstalten sei die Wahrung der Gesundheit durch Hygiene. Hierunter seien auch ReinigungsbÄder und darunter wiederum SaunabÄder zu subsumieren.

In der m¼ndlichen Verhandlung beantragt der BevollmÄchtigte der KlÄgerin, den Bescheid der Beklagten vom 26.04.2016 in Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 08.02.2017 aufzuheben und die Beklagte zu verpflichten, der KlÄgerin 150,77 EUR zur¼ckzuzahlen.

Die Beklagtenvertreterin beantragt, die Klage abzuweisen.

Zur ErgÄnzung des Sachverhalts wird auf den Inhalt der Gerichtsakte sowie die

Verwaltungsakte der Beklagten Bezug genommen.

Entscheidungsgründe:

Die form- und fristgerecht eingelegte Klage ist zulässig, jedoch nicht begründet.

Angefochten ist der Beitragsbescheid vom 26.04.2016. Der Veranlagungsbescheid, mit dem die Einordnung des Saunabetriebes der Klägerin in die Gefahrtarifstelle 7 mit der Gefahrklasse 4,94 erfolgte, datiert vom 26.08.2015 und ist bestandskräftig geworden. Somit ist nicht Streitgegenstand, ob der Betrieb der Klägerin zutreffend veranlagt wurde. Zu der Höhe des Beitrages 150,77 EUR hat der Bevollmächtigte keinerlei Ausführungen gemacht. Eine fehlerhafte Berechnung lässt sich auch nicht erkennen und wurde nicht vorgetragen.

Im Übrigen war auch der Veranlagungsbescheid vom 26.08.2015 rechtmäßig. Insoweit wird auf den Widerspruchsbescheid vom 08.02.2017 verwiesen und auf eine weitere Darstellung der Entscheidungsgründe gemäß [Â§ 136 Abs. 3 SGG](#) verzichtet.

Da nur der Beitragsbescheid in Höhe von 150,77 EUR angefochten war, ist die Berufung gemäß [Â§ 144 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 SGG](#) nicht zulässig. Die Berufung ist auch nicht zuzulassen gemäß [Â§ 144 Abs. 2 SGG](#), da der Beitragsbescheid keine grundsätzliche Bedeutung hat.

Die Kostenfolge ergibt sich aus [Â§ 193,197a](#) Sozialgerichtsgesetz (SGG).

Erstellt am: 30.01.2020

Zuletzt verändert am: 23.12.2024